

Arbeitskreis
AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK
LANDESVORSITZENDER

CSU-Landesleitung
Franz Josef Strauß-Haus
Nymphenburger Straße 64
80335 München
Telefon 089 / 1243-268
Telefax 089 / 1243-307

An die Mitglieder des
ASP-Fachausschusses Sicherheitspolitik

23. September 2010

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Jahr 2010 ist für die Mitglieder des Außen- und Sicherheitspolitischen Arbeitskreises (ASP) der CSU, obwohl noch nicht beendet, ein sehr emotionales wie auch arbeitsreiches Jahr. Wir feiern dieses Jahr den 20. Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung. Der Wehrpolitische Arbeitskreis (WPA), in dessen Tradition stehend sich der ASP sieht, hat mit seinem konsequenten Eintreten für eine transatlantische Sicherheitspolitik und seine Standhaftigkeit in Fragen der damaligen Deutschlandpolitik die Saat mit ausgelegt, die wir heute ernten können. 20 Jahre Frieden in einem geeinten Deutschland, in Europa. Ich habe in der Manfred-Wörner-Rede, einer sicherheitspolitischen Grundsatzrede, die ich vor der Bundesakademie für Sicherheitspolitik am letzten Freitag gehalten habe, auf den Beitrag der NATO zur friedlichen Beendigung der Blockkonfrontation und den (leider) von unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern oft halt nur „mitgenommenen“ und nicht bewusst geschätzten Wiedergewinn von Freiheit und Einheit hingewiesen; wir müssen dies immer wieder tun.

Die vergangenen zwei Jahrzehnte haben uns in zunehmend kürzeren Intervallen vor Herausforderung und Krisen gestellt, auf die wir mit etablierten Antworten und Mechanismen in der Sicherheitspolitik nicht mehr reagieren konnten. 1990 hätten sich selbst die kühnsten Strategen nicht ausmalen können, dass die Bundesrepublik Deutschland 2010 im neunten Jahr im Rahmen einer von den Vereinten Nationen mandatierten Mission in Afghanistan militärische Verantwortung übernehmen würde. Zunehmende Globalisierung, asymmetrische Bedrohungen, erweiterte Sicherheitsbegriffe und vernetzte Ansätze bestimmen heute das Sujet der Sicherheitspolitik. Dabei hat die sogenannte „Transformation“ sich selbst schon heftig ändern müssen. In der **ersten Dekade** der Transformation war der Gedanke, alles ließe sich durch Stabilisierung und Diplomatie erreichen, Ausgangspunkt – bis 1999 General Willmann mit Panzerkompanien nach einem erfolgreichen Luftkampf im Kosovo eingerückt ist.

Nach dem 11. September 2001, in der **zweiten Dekade**, kam das Verständnis vom vernetzten Ansatz zur Geltung. Militärische Intervention als ein Mittel unter mehreren, die Notwendigkeit des Zusammenspiels von Entwicklungspolitik, guter Regierungstätigkeit und wirtschaftlicher Grundlegung mit polizeilicher und militärischer Ausbildungsarbeit, aber auch mit Kampf und Gefecht.

Der WPA hat auf diese Veränderungen mit der Weiterentwicklung zum ASP reagiert. Das war ein wichtiger und richtiger Schritt.

Der ASP war dann auch an der Formulierung eines konsequenten weiteren Schrittes beteiligt, in den auch ich persönlich einen großen Teil meiner sicherheitspolitischen Arbeit stecken konnte: Die Entwicklung eines Nationalen Integrierten Sicherheitskonzepts als Reaktion auf die völlige Veränderung der Bedrohungslagen und der Gefährdungsformen. Der Unterschied zwischen Innerer und Äußerer Sicherheit, so haben wir beschrieben, ist fließend geworden, wir müssen die Bundeswehr als ein wesentliches Element einer nationalen Sicherheitsvorsorge verstehen, das im Verbund mit anderen, Polizei, Katastrophenschutz u.a. eingesetzt werden kann. Dort sollte auch die Allgemeine Wehrpflicht eine ergänzte aktuelle Legitimation finden.

Auch nach der Übernahme der Regierungsverantwortung gemeinsam mit der SPD in der großen Koalition konnten wir dieses Ziel nicht umsetzen. Dabei haben wir konzeptionell wirklich ansehnlich vorgearbeitet; zu Ihrer Erinnerung füge ich als eines der damals (2003) verfassten Positionspapiere eines von Wolfgang Schäuble und mir geschriebenes Konzept zu einer Art Nationalgarde bei.

Zu Beginn dieses Jahres haben wir im ASP über die mögliche Umsetzung der im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP vereinbarten, von der Mehrheit der ASPLer äußerst kritisch betrachteten, sechsmonatigen Wehrpflicht diskutiert. In vielen Reaktionen auf W-6 wurde die Sinnhaftigkeit einer solchen Reform der Wehrpflicht in Frage gestellt. Die vielen erfahrenen Fachleute im ASP blieben skeptisch und trugen diesen, letztlich von der FDP durchgedrückten Ansatz nur widerwillig mit.

Die kritischen Stimmen haben in vielem Recht behalten. Über W-6 sprechen wir mittlerweile gar nicht mehr. Im Rahmen eines nationalen Sicherheitskonzeptes hätte solch ein W6-Konzept einen besseren Platz finden können; Heimatschutzbrigaden und starke Reservisten (ich sage sogar Milizkomponenten) hätten einen wesentlichen Beitrag zu einem integrierten Sicherheitskonzept geliefert.

Wir müssen im Sinne einer optimierten Nutzung unserer Ressourcen und der Auftragserfüllung die Bundeswehr an dem ausrichten, was sie heute darf und soll und nicht quasi eine Bundeswehr im politischen Wartezimmer festhalten. Deswegen war es von unserem Bundesminister Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg nur konsequent, die in der Koalition auch vereinbarte Strukturrevision der Bundeswehr und das sicherheits- und haushaltspolitische Umfeld zu einer Kurskorrektur zu nutzen.

Dafür wird die gesamte Struktur der Bundeswehr, basierend auf einem Auftrag aus der Kabinettsklausur der Bundesregierung, überprüft.

Eine von Bundesverteidigungsminister Dr. zu Guttenberg bereits Anfang 2010 in Auftrag gegebene Defizitanalyse hat ein unzweideutiges Ergebnis erbracht: die bisherigen Strukturen, Verfahren und Prozesse der Bundeswehr entsprechen, trotz vollzogener Transformationsschritte, in einer Vielzahl von Bereichen nicht mehr den heutigen sicherheitspolitischen Erfordernissen. Die gebotenen Reformen sowie die Überwindung der Folgen einer jahrelangen drastischen Unterfinanzierung zeigen uns die Notwendigkeit eines tragfähigen und zukunftsweisenden Bundeswehrkonzepts auf. Knappe Ressourcen fortdauernd in sicherheitspolitisch nicht mehr begründbare oder mangels einer Bereitschaft anderer außerhalb der CDU/CSU nicht umsetzbare, wenngleich nach wie vor notwendige Strukturen zu stecken, wäre Verschwendung und ist gegenüber dem Steuerzahler und künftigen Generationen in Anbetracht der Schuldenlast nicht zu verantworten. Man hat dann weder das eine noch das andere: Keine auf modernen Schutz umfassend ausgerichtete Bundeswehr, aber auch nicht in ihrem gegenwärtigen Verfassungsauftrag optimiert handlungsfähige Streitkräfte.

Die Allgemeine Wehrpflicht hätte in solch einem Nationalen Sicherheitskonzept eine wichtige Rolle gespielt, in einer vorwiegend auf Einsatz ausgerichteten Armee von bisher 250.000 Männern und Frauen ist sie nur beschränkt hilfreich und nutzbar und kommt immer näher an verfassungsrechtliche Bedenklichkeiten heran. Warten, bis eine politische Mehrheit oder ein Gericht sie einem aus der Hand schlägt oder besser aktiv die Bundeswehr neu ausrichten und über ein sinnvolles Freiwilligen- und Reservistenkonzept gestalten? Vor dieser Frage stehen wir als die Partei der Bundeswehr.

Die Notwendigkeit einer Strukturreform der Bundeswehr ist unbestritten. Diese Reform wird aber nur im Wege einer großen Kraftanstrengung gelingen, an deren Ende sich die Bundeswehr verändert haben wird. Dabei müssen wir immer im Auge behalten, dass die verfassungsrechtliche Aufgabenbeschreibung der Bundeswehr gewährleistet bleibt, auch wenn Strukturen, Prozesse und Verfahren geändert und verbessert werden. Die Bundeswehr wird nach Abschluss der Strukturreform ein leistungsfähiges Instru-

ment deutscher Außen- und Sicherheitspolitik im Bündnis sowie Garant für die Sicherheit Deutschlands und den Schutz der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes bleiben.

Dem ASP fällt in der Diskussion um die eingeschlagene Richtung und das richtige Maß eine wichtige Aufgabe als Meinungsbilder zu. In verschiedenen Veranstaltungen sowohl auf der ASP-Kreis- wie auch der ASP-Bezirksebene wurden bereits wichtige Impulse gesetzt. Ihnen allen, die sich bereits frühzeitig an der parteiinternen Meinungsbildung beteiligt haben, möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich danken. Sie haben den Weg für eine parteiweite Auseinandersetzung an der Basis geebnet. Bis zum Parteitag und darüber hinaus werden mit Regionalkonferenzen die Diskussionen nun fortgesetzt. Die von Verteidigungsminister zu Guttenberg Anfang September vorgelegten fünf Reformmodelle geben uns dafür eine gute Grundlage.

In Absprache mit dem CSU-Parteivorsitzenden Horst Seehofer und dem CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt übernimmt der ASP die Koordination und Organisation der Regionalkonferenzen. Ziel dieser Regionalkonferenzen ist es die Fakten und Argumente offen zu diskutieren sowie auf die regionalen Schwierigkeiten, die eine so große Reform mit sich bringen kann, vor Ort aufmerksam zu machen. Am Ende der Strukturreform muss eine Bundeswehr stehen, die angemessen auf sicherheitspolitische Herausforderungen reagieren kann, die eine den Einsätzen entsprechend optimale Ausrüstung besitzt, die eine bestmögliche Vereinbarkeit von Familie und Karriere gewährleistet und der ehrbarer Respekt unserer Mitbürger, als demokratische Institution aus der Mitte der deutschen Gesellschaft, ohne Vorbehalte entgegengebracht wird.

Ich freue mich auf das Treffen bei den Regionalkonferenzen und die Diskussionen mit Ihnen. Der Landesvorstand des ASP wird sich am Samstag in Schweinfurt mit Ausgestaltung und Grundlagen auseinandersetzen und befinden. Wir alle gemeinsam werden die Saat für eine zukunftsorientierte Sicherheitspolitik in Deutschland legen.

Mit freundlichen Grüßen



Christian Schmidt MdB
Parlamentarischer Staatssekretär
Vorsitzender des
Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik